

Kostenlos bis 13:26 Uhr

12:44 Uhr / 27.04.2020

Eltern gegen Schulöffnung: Schließung für restliches Schuljahr gefordert

Der Landeselternbeirat der Gemeinschaftsschulen fordert die sofortige Schließung aller Schulen für das restliche Schuljahr. Die geplanten Schritte zur Öffnung stellten ein ungleich hohes Risiko dar, heißt es in einem Positionspapier. Die "Versuche am lebenden Objekt" müssten gestoppt werden.

Von Anne Holbach



Kiel. "Nach bisher besonnenen und mit Sorgfalt getroffenen Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene, müssen wir feststellen, dass in vielen Bereichen der Länder inzwischen Entscheidungen getroffen werden, die zum Nachteil der Schülerinnen und Schüler werden, was wir scharf verurteilen", teilt Thorsten Muschinski, Vorsitzender im Landeselternbeirat der Gemeinschaftsschulen, mit. In einem Positionspapier haben die Elternvertreter ihre Forderungen zusammengefasst.

Durch die Lockerungen, die derzeit erfolgten, sei schwer absehbar, wie sich die Corona-Zahlen entwickelten. "In dieser Situation auch die Schulen zu öffnen, stellt selbst unter den beschlossenen Hygienevorgaben, ein unüberschaubares Risiko dar, welches nicht vertretbar ist", so Muschinski. Die

ANZEIGE

Erst am Freitag habe es ein Telefonat mit dem Elternbeirat der Gemeinschaftsschulen gegeben, heißt es aus dem schleswig-holsteinischen Bildungsministerium. Da sei von einer solchen Forderung nicht die Rede gewesen. "Uns geht es darum, in dieser außerordentlichen und herausfordernden Situation, möglichst alle Interessen zu berücksichtigen. Und es erreichen mich genauso Briefe von Eltern, die dringend darum bitten, dass die Schulen wieder öffnen", sagt Bildungsministerin Karin Prien (CDU). Eine komplette Schließung der Schulen würde insbesondere Kinder aus bildungsfernen Haushalten oder schwierigen Familienverhältnissen noch mehr benachteiligen. "Sie werden dann möglicherweise vollständig abgehängt. Das müssen wir vermeiden", betonte Prien.

Weitere KN+ Artikel



Corona-Krise

Heinold: Bund soll sich für Pflegebonus positionieren



Küchenbrand

Bewohner nach Feuer im Krankenhaus



Raritäten-Festival Husum

Klaviermusik-Ausgrabungen verschoben

Homeschooling ausbauen

Die Elternvertreter wollen, dass das Betretungsverbot für die Schulen weiterhin gilt und [das Homeschooling weiterläuft](#). Das Angebot müsse allerdings durch entsprechende technische und personelle Mittel erweitert werden. In vielen Familien bedeute es eine übermäßige Härte, in der jetzigen Situation weiterhin verpflichtend an den schulischen Angeboten teilzunehmen. "Um besonderen Belastungen in den Familien entgegenzuwirken, dürfen die Angebote ausschließlich auf freiwilliger Basis sein", so Muschinski.

Zudem müsse gewährleistet werden, dass die Schüler über die technische Ausstattung verfügen. Es sei zwingend notwendig, dass es Schüler ermöglicht werde, ohne bürokratische Hürden notwendige Geräte zu leihen.

Noten sollen aus bereits erbrachten Leistungen hervorgehen

Die Lehrkräfte sollen aus ihrer Sicht weitere Unterstützung erhalten, auch um soziale und psychische Probleme ihrer Schützlinge zu erkennen. Es müsse für die Kinder eine Möglichkeit geben, bei Bedarf

direkten Kontakt zu ihren Lehrern auszunehmen. Gleichzeitig müsse die Notbetreuung nach engen Vorgaben ausgebaut werden.

"Die Vergabe der Zeugnisnoten erfolgt auf Grundlage der bisher erbrachten Leistungen und ist wohlwollend zu betrachten", heißt es im Positionspapier.

Zu wenig Personal an Schulen?

Bei einer Wiederöffnung der Schulen sehen die Eltern zahlreiche Nachteile. Zum einen befürchten sie eine Überbelastung der Lehrer, die parallel Präsenz-Unterricht für Kleingruppen und Online-Lernen für die Klassenstufen zu Hause organisieren müssten.

"In den Schulen stehen weder in ausreichender Anzahl Lehrkräfte, Räume und sonstiges Personal zur Verfügung, um die auf viele Räume aufgeteilten Schulklassen fachgerecht zu unterrichten", so Muschinski.

Laut Ministerin Prien könne es nicht um die Rückkehr zu einer früher üblichen Studentafel gehen, sondern nur um eine "sehr vorsichtige Öffnung der Schulen für die Schüler-Gruppen, die die Unterstützung am Nötigsten haben". Hierfür sei der Bedarf an Lehrkräften, die in den Schulen präsent sein müssten, eingeschränkt. Das Ministerium werde deren Arbeitsaufwand genau beachten und berücksichtigen, dass eine signifikante Gruppe von Lehrkräften selbst einer Risikogruppe angehöre. "Wir erarbeiten derzeit einen Vorschlag für eine schrittweise und sehr vorsichtige Öffnung der Schulen. Wir werden unser Konzept morgen dem Kabinett vorlegen", so Prien.

Zu wenige Busse für Schulverkehr

Für nicht umsetzbar halten die Eltern zudem den Schulverkehr unter Corona-Maßgaben. Um entsprechende Mindestabstände in Bussen einzuhalten, könnten statt 50 bis 60 Schülern nur noch 15 bis 20 mitfahren. Die Buskapazitäten um das Drei- oder sogar Vierfache zu erhöhen, sei nach Aussage der Busbetreiber allerdings nicht möglich. Dafür gebe es weder genug Personal noch ausreichend Fahrzeuge.

Die Elternvertreter hatten zuvor in einem Brief an Bildungsministerin Karin Prien (CDU) eine Absage der Prüfungen für den [ersten allgemeinbildenden Schulabschluss \(ESA\)](#) und den [mittleren Abschluss \(MSA\)](#) gefordert. Dieser Forderung sei die Ministerin zum Bedauern der Eltern nicht gefolgt und habe dazu auch keine Rückmeldung gegeben, so die Kritik.

Newsletter der Kieler Nachrichten

Newsletter der Kieler Nachrichten

Kennen Sie schon die **Post aus dem Newsroom**? Den kostenfreien Newsletter der Kieler Nachrichten versenden wir Mo-Fr ab 17 Uhr. [Hier können Sie sich für unser Mailing anmelden.](#)

Sie interessieren sich für Holstein Kiel? Dann [melden Sie sich hier](#) für den